

Strukturwandel: Eng verzahnt – Industrie, Wissen und Dienstleistung	2
Eurokrise: Schuldenabbau um jeden Preis – Europa läuft in die Spar-Falle	3
Integration: Erfolg für Migrantenkinder – Was Frankreich und Deutschland tun können	4
Konjunktur: Unsicherheit bestimmt die Lage	6
Finanzpolitik: Schweizer Schuldenbremse birgt Risiken	7
TrendTableau	8

ARBEITSMARKT

EU-Nachbarn sichern Arbeitslose besser

Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld wird in Deutschland nur relativ kurze Zeit gezahlt. Deshalb sind Arbeitslose hierzulande stärker von Armut bedroht als in anderen europäischen Staaten.

In der Bundesrepublik liegt das Einkommen von 70 Prozent der Menschen ohne Job unterhalb der Armutsgrenze. Im EU-Durchschnitt beträgt die Quote dagegen lediglich 45 Prozent. Das zeigen die aktuellsten vorliegenden Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat aus dem Jahr 2010, die WSI-Sozialexperte Eric Seils* aufbereitet hat. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens hat. In Deutschland verläuft diese Schwelle bei 940 Euro im Monat für einen Alleinstehenden.

Sozialstaatsforscher Seils nennt drei Gründe für die hohe Armutsgefährdung in Deutschland:

Viele Menschen, die ihren Job verloren haben, können die **Anspruchsvoraussetzungen für das einkommensbezogene Arbeitslosengeld I (ALG I)** nicht erfüllen. ALG I erhält zumeist nur, wer in den zwei Jahren zuvor mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Das schaffen vor allem Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und mit unterbrochenen Erwerbskarrieren oft nicht. Sie sind also bereits bei Beginn der Arbeitslosigkeit von der Versicherungsleistung ausgeschlossen, so Seils.

Zudem fällt die **Höhe des ALG I** im internationalen Vergleich nicht übermäßig aus. Bei alleinstehenden Arbeitnehmern ersetzt das Arbeitslosengeld hierzulande nur etwa 60 Prozent des letzten Nettolohns. OECD-Daten zufolge sind es bei Arbeitnehmern mit niedrigem Arbeitseinkommen in Dänemark 83 Prozent, in der Schweiz 82 Prozent und in den Niederlanden 76 Prozent.

Den wichtigsten Grund sieht der Forscher aber in der vergleichsweise kurzen **Anspruchsdauer** auf ALG I. So erhält etwa ein 40-Jähriger, der seit seinem 18. Lebensjahr durchgängig gearbeitet hat, nur maximal 52 Wochen Arbeitslosengeld. In den Niederlanden sind es hingegen 96 Wochen, in Frankreich oder Norwegen 104 und in Dänemark 208 Wochen. Die Folge ist, dass nur etwa ein Drittel aller Arbeitslosen in Deutschland ALG I erhält. Nach der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Jahre 2004 sind somit viele Arbeitslose auf ALG II angewiesen. Das reicht oftmals nicht, um das Haushaltseinkommen über der Armutsgrenze zu halten.

Deutsche Arbeitslose oft arm

Die Armutsquote unter den Arbeitslosen beträgt in ...



Quelle: Eurostat 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Der Wissenschaftler hält es daher für sinnvoll, die Anspruchsdauer für das Arbeitslosengeld I zu verlängern. Länder wie Dänemark, die Niederlande oder die Schweiz zeigten, dass sich niedrige Arbeitslosigkeit und bessere Armutsprävention für Arbeitslose gleichzeitig erreichen lassen. ◀

* Eric Seils forscht im WSI-Projekt Sozialversicherung: Wandel, Wirkung, Weiterentwicklung
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Eng verzahnt – Industrie, Wissen und Dienstleistung

Wandelt sich die Industrie- zur Wissensgesellschaft, in der nur noch Top-Qualifizierte Arbeit finden? Eine Studie kommt zu einem anderen Ergebnis: Die Anforderungen an viele Facharbeiter steigen, aber sie werden nicht durch Akademiker ersetzt.

In früheren Zeiten ließ sich die Berufsstruktur als Pyramide darstellen: einige wenige Hochqualifizierte an der Spitze und ein großes Heer angelernter Arbeiter am unteren Ende. In der oft beschworenen Wissensgesellschaft müsste aus der Pyramide ein Pilz werden – oben ballen sich die Akademiker, und für die Niedrigqualifizierten unten gibt es kaum noch Ar-

beiter und Fachhandwerker betroffen, deren Anteil an den Erwerbstätigen von 20,8 auf 13,2 Prozent abnahm. Hinter der „Wiederkehr prekärer Erwerbsarbeit“ verberge sich oft keine Abnahme der Qualifikation, sondern eine Abwertung qualifizierter Arbeit, etwa durch niedrigere Einstufung.

Dienstleistungen: Keine postindustrielle Branche. Dem Beschäftigungsrückgang in der Industrie steht ein Wachstum der Dienstleistungsberufe in der gleichen Größenordnung gegenüber. Daraus lässt sich nach Vester aber kein Niedergang der Industrie zugunsten eines gänzlich anderen Wirtschaftsmodells ableiten. Tatsächlich ist über die Hälfte der Dienstleistungsarbeit Zuarbeit für die Industrie. Die Verzahnung zwischen beiden Wirtschaftsektoren sei so eng,

dass man besser von einer industriellen Dienstleistungsgesellschaft als von einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft spreche.

Mit einem Zuwachs um gut 4,3 Prozentpunkte auf 27,9 Prozent der Beschäftigten haben besonders die interpersonellen Dienstleistungen deutlich zugenommen. Hier verzeichneten sowohl Hoch- als auch Mittelqualifizierte Zuwächse. Der größte Teil dieser Beschäftigten arbeitet im Bildungs- und Gesundheitswesen oder in Infrastruktureinrichtungen – Tätigkeiten, die für die Produktionswirtschaft die Rahmenbedingungen schaffen.

Der Dienstleistungssektor – und insbesondere die so genannten Hu-

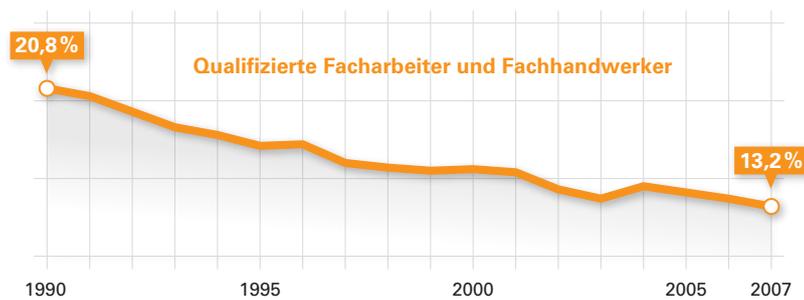
mandienstleistungen – kompensiert nicht nur einen Teil des Beschäftigungsabbaus in der Industrie im engeren Sinn, sondern absorbiert auch das Gros der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit. Allerdings schöpft Deutschland sein Beschäftigungspotenzial in diesem Wirtschaftsfeld nicht optimal aus, so Vester. Die „chronische Unterfinanzierung durch den Staat“ führe zu einer weniger und qualitativ schlechteren Beschäftigung in den Humandienstleistungen, als es etwa in den skandinavischen Ländern der Fall sei.

Was den Personalabbau in der Industrie betrifft, dürfte das Tempo Vester zufolge eher abnehmen. Der Wissenschaftler zieht aus seinen Untersuchungen den Schluss, dass die Kosten senkende Verdichtung der Facharbeit inzwischen einen Sättigungsgrad erreicht habe. Es gebe kaum noch Möglichkeiten der Steigerung. Im internationalen Vergleich liege Deutschland bei der Größe des industriellen Sektors noch immer mit Abstand vor den Nachbarländern. Weder die Industrie an sich noch die Facharbeit seien jedoch Auslaufmodelle – in einem Land, das weit mehr als ein Drittel seines Bruttoinlandsprodukts im Export verdient. ◀

* Quelle: Michael Vester: Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung?, in: WSI-Mitteilungen 12/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Facharbeiter unter Druck

Von allen Beschäftigten waren ...



Quelle: Vester 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

beit. Der Hannoveraner Politologie-Professor Michael Vester erwartet jedoch eine andere Entwicklung.* Der Wandel der deutschen Arbeitswelt führt nach seiner Analyse eher zu einer Berufsstruktur in Form einer Orange. Demnach kommt es zu einem „Upgrading in der Mitte“, das aber nicht zum absoluten Übergewicht einer akademischen Wissenselite führt.

Dieses Gesamtbild ergibt sich nach Vesters Untersuchung aus unterschiedlichen, zum Teil widersprüchlichen Trends:

Industrie: „Polarisiertes Upgrading“. Trotz großer Weltmarkterfolge in den vergangenen 20 Jahren ist die Beschäftigung in technisch-industriellen Berufen erheblich zurückgegangen, nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels um 10,3 Prozent zwischen 1990 und 2007. Der Schrumpfungsprozess ging vor allem zulasten der Facharbeiter. Dem steht ein leichter Zuwachs an Hochqualifizierten gegenüber: Die Zahl der Ingenieure und technischen Experten nahm im gleichen Zeitraum um 1,3 Prozent der Erwerbstätigen zu. Zudem ist Vester zufolge in vielen Betrieben eine Umstellung auf einen neuen hoch qualifizierten Facharbeitertypus zu beobachten. Von „polarisiertem“ Upgrading spricht der Wissenschaftler, weil es auch einen Gegenbewegung gibt. Dem Upgrading wirkt eine Politik rigoroser Kostensenkungen entgegen, die die Arbeit verdichtet, unter Wert einstuft oder in Niedriglohnländer auslagert. Davon sind besonders die Fach-

Schuldenabbau um jeden Preis: Europa läuft in die Spar-Falle

Wenn alle sparen und Schulden zurückzahlen – die Unternehmen, die Haushalte und die Staaten –, muss die Wirtschaftsleistung zurückgehen. Der Ökonom Richard Koo warnt Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt, wie es Japan in den 1990er-Jahren erlebte.

Viele westliche Länder stecken in der Wirtschaftskrise. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine gewöhnliche Konjunkturschwäche, sondern um ein spezielles Phänomen, das nach dem Platzen großer Spekulationsblasen auftritt: Balance sheet recession – Bilanzrezession. Diesen Begriff hat Richard Koo, Chefökonom des japanischen Nomura Research Institute, geprägt. Koo beschreibt damit, was in Japan geschah, als Anfang der 1990er-Jahre eine Immobilienblase platzte, worauf ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Stagnation folgte. Auch die jahrelange US-Depression nach dem Schwarzen Freitag von 1929 erklärt der Wirtschaftswissenschaftler mit einer Bilanzrezession.

Seine These: Wenn die zuvor durch Spekulation aufgeblähten Vermögenspreise fallen, geraten Unternehmens- und Haushaltsbilanzen in Schieflage. Den Schulden stehen plötzlich viel geringere Aktivposten gegenüber. Um die Bilanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, bemühen sich nun alle, zu sparen und ihre Verschuldung abzubauen. Weil kaum jemand neue Kredite aufnimmt, wird ein großer Teil der Ersparnisse nicht investiert, sondern verschwindet einfach aus dem Wirtschaftskreislauf. Das Sozialprodukt schrumpft.

Es gibt nur ein Mittel, die Wirtschaft vor dem Abrutschen in eine „deflationäre Spirale“ zu bewahren: Der Staat muss bereit sein, die ungenutzten Ersparnisse abzuschöpfen und zu investieren. Das heißt, er muss mehr statt weniger Geld am Kapitalmarkt aufnehmen. Auf diese Weise fanden die USA letztlich aus der Weltwirtschaftskrise heraus und Japan konnte das „verlorene Jahrzehnt“ hinter sich lassen, so Koo.

Heute sind die USA, Großbritannien, Irland, Spanien sowie der Euroraum als Ganzes in einer Bilanzrezession, schreibt der Ökonom.* Trotz extrem niedriger Zinsen sparten Haushalte und Unternehmen in den Jahren nach 2007 in der Summe mehr, als sie sich liehen. Im Gegenzug haben zwar auch die kreditfinanzierten Staatsausgaben zugenommen – doch nicht genug, um den Nachfrageausfall zu kompensieren, erläutert Koo. Es sei daher kein Wunder, dass die spanische Arbeitslosenquote auf über 20 Prozent gestiegen und das irische Bruttoinlandsprodukt gegenüber seinem Höchststand vor der Finanzkrise um über zehn Prozent gesunken ist.

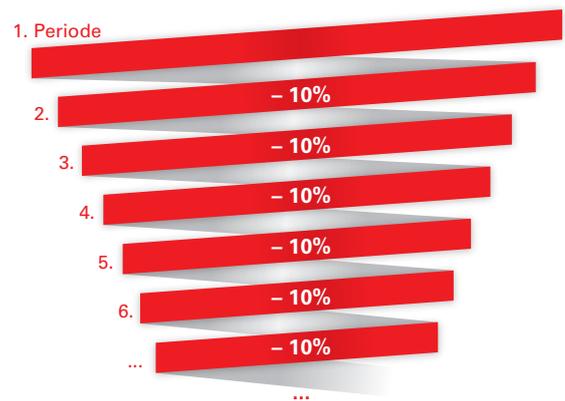
Zwar sei es richtig, die Staatsausgaben zu beschränken, solange Haushalte wie Unternehmen gesund sind und versuchen, ihre Einnahmen zu maximieren, sagt der Wissenschaftler. Aber „nichts ist schlimmer als Haushaltskonsolidierung, wenn ein angeschlagener Privatsektor seine Schulden minimiert“. Leider würden die Anhänger ausgeglichener Staatshaushalte häufig nur auf die öffentlichen Defizite schauen und die Zunahme der privaten Ersparnis ignorieren. Voreilige Konsolidierungsversuche hätten Japans Erholung in den 1990er-Jahren erheblich verzögert – und am Ende deutlich teurer gemacht, weil erneute Rezessionsphasen wieder neue Konjunkturprogramme erforderten. So kam es in Japan zum

„verlorenen Jahrzehnt“ und einem öffentlichen Schuldenstand, der mehr als 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Besonders schwer wiegt das Problem im Euroraum. Gerade die am stärksten betroffenen Euroländer hätten besonders große Schwierigkeiten, der Rezession mit Staatsausgaben gegenzusteuern, stellt der Wissenschaftler fest. Denn seit Beginn der Eurokrise leihen die Kapitalmarktteilnehmer ihnen nur noch gegen hohe Risikoprämien Geld. Nach Koo's Analyse

Bilanzrezession: Die Abwärtsspirale

So entwickelt sich das Volkseinkommen, wenn alle stets zehn Prozent ihres Einkommens sparen und nicht wieder investieren:



© Hans-Böckler-Stiftung 2012

offenbart sich hier ein Konstruktionsfehler des gemeinsamen Währungsraums: Spanische oder irische Fondsmanager können mit den Ersparnissen ihrer Kunden ohne Wechselkursrisiko am Kapitalmarkt deutsche Staatsanleihen kaufen – was sie derzeit tun. In der Folge sinken die Renditen der Bundesanleihen. Weiter geschieht nichts. Weder bekommen die spanische oder die irische Regierung Mittel in die Hände, um die Konjunktur zu stützen, noch nimmt Deutschland zusätzliche Kredite auf, um die Wirtschaft im Euroraum insgesamt zu beleben.

Koo schlägt vor, in Zukunft nur noch Inländern den Kauf von Staatsanleihen zu erlauben. Damit ließe sich verhindern, dass aus wirtschaftlich schwächeren Ländern der Währungsunion auch noch ein großer Teil der Ersparnisse abgezogen und in risikoärmeren Staatspapieren anderer Euroländer angelegt werde. ◀

* Quelle: Richard C. Koo: The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics, in: real-world economics review, Ausgabe Nr. 58, Dezember 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Erfolg für Migrantenkinder: Was Frankreich und Deutschland tun können

In Frankreich und Deutschland verlaufen Bildungs- und Berufskarrieren von Migranten oft prekär. Eine vergleichende Studie zeigt, dass die Bildungssysteme in beiden Ländern unterschiedliche Schwächen und Stärken haben – und was zu einem erfolgreichen Berufseinstieg beiträgt.

Junge Erwachsene aus Migrantenfamilien arbeiten seltener in akademischen Berufen und häufiger in prekärer Beschäftigung als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Das belegt eine Untersuchung des Centre Marc Bloch (CMB) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).^{*} Sie zeigt aber auch, dass sich nicht wenige Migrantenkinder erfolgreich ins Berufsleben integrieren können. Die Forscher Ingrid Tucci, Ariane Jossin, Carsten Keller und Olaf Grohsamberg haben deshalb genauer analysiert, welche institutionellen und sozialen Faktoren den schulischen und beruflichen Erfolg von Migranten der zweiten Generation beeinflussen.

unterschiedlichen Stellen. In Deutschland beobachten sie die größten Probleme im Schulsystem. In Frankreich misslinge dagegen oftmals der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Unzureichende Aus- und Weiterbildung aber auch Diskriminierung bei der Arbeitssuche seien dort ausschlaggebend.

► **Deutschland hat die größten Probleme im Schulsystem, Frankreich beim Berufseintritt**

Bildungsverläufe: Kinder in Deutschland kommen im Alter von sechs Jahren in die Schule. Im internationalen Vergleich ist das relativ spät. Bereits nach der Grundschule werden

die Schüler auf verschiedene Schulzweige verteilt. Viele Bildungsforscher sehen in dieser frühen Trennung einen wesentlichen Grund für die Bildungsungleichheit zwischen Kindern unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Auch die Analyse der DIW-Forscher zeigt: Rund die Hälfte der Kinder mit Migrationshintergrund besucht die Hauptschule und hat anschließend Probleme beim Übergang in den Beruf, während dies auf nur knapp 15 Prozent der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund zutrifft. Lediglich gut 11 Prozent der türkischstämmigen Kinder absolvieren den rein gymnasialen Bildungsweg

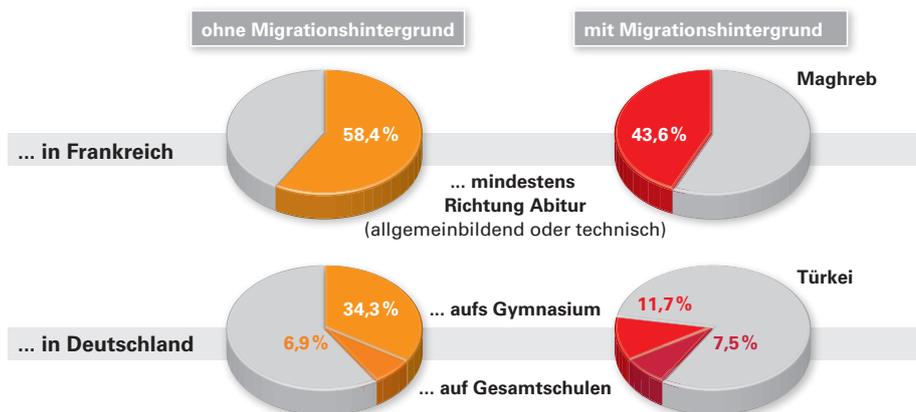
oder wechseln im Laufe ihrer Schulzeit auf das Gymnasium. Unter den Schülern ohne Migrationshintergrund sind es hingegen 34 Prozent.

In Frankreich beginnt die Schullaufbahn im Alter von drei Jahren mit der Vorschule. Bis sie 15 Jahre alt sind, lernen Schüler auf dem Collège gemeinsam. Erst dann erfolgt eine Trennung in einen beruflichen und einen allgemeinbildenden Bildungszweig, der zur Hochschulreife führt. Obwohl Migrantenkinder auch in Frankreich in den prestigearmen beruflichen Bildungszweigen und unter den Schulabbrechern überrepräsentiert sind, offenbart die Studie einen klaren Vorteil gegenüber dem deutschen Bildungssystem: Deutlich mehr Schüler der zweiten Migrantengeneration, nämlich über 40 Prozent, streben direkt die Hochschulreife an. Gut jeder fünfte studiert.

Berufsverläufe: Für Jugendliche mit Migrationshintergrund in Frankreich ist allerdings der Übergang ins Berufsleben oft problematisch: Den Analysen zufolge sind mehr als

Einwandererkinder in Frankreich öfter mit Abitur

Der Bildungsverlauf der 11 bis 18-Jährigen führt Schüler ...



Quelle: DEPP 1995, SOEP 1984 – 2009, Berechnungen des DIW | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Sie verglichen Bildungsverlauf und Berufseinstieg von jungen Erwachsenen türkischer und arabischer Herkunft in Deutschland mit der Situation junger Maghrebiner und Schwarzafrikaner in Frankreich.

Den Einfluss von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen ermittelten die Wissenschaftler durch quantitative Datenanalysen und eine qualitative Befragung. Anhand der qualitativen Interviews untersuchten sie auch, welche sozialen Faktoren Bildungsverläufe stabilisieren.

Als Basis der quantitativen Analysen dienten Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panels und die französischen Daten des Panel des élèves du second degré und der Enquête Génération. Damit lassen sich typische Muster der Bildungs- und Berufsverläufe bei 11- bis 18-Jährigen und bei 18- bis 25-Jährigen identifizieren und die Wirkung von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen auf die Lebensverläufe von Migrantenkindern bestimmen. Die Forscher fanden in beiden Ländern eine deutliche „ethnische Segregation“, allerdings an

50 Prozent der Migranten von wiederholter, längerer Arbeitslosigkeit oder zumindest prekärer Beschäftigung betroffen. Eine Ursache sehen die Wissenschaftler darin, dass die Berufsausbildung ein vergleichsweise niedriges Niveau und ein geringes soziales Prestige hat. Selbst nach längeren Bildungsverläufen ist ohne Abitur häufig nur prekäre Arbeit möglich. Das ist auch für viele Franzosen ohne Migrationshintergrund ein Problem, junge Erwachsene mit Migrationshintergrund sind aber besonders häufig betroffen. Außerdem fehle eine „zweite Chance“ für Schulabbrecher und Jugendliche mit prestigearmen Schulabschlüssen, sich außerschulisch weiterzualifizieren.

Auch in Deutschland, so die Wissenschaftler, finden Migrantennachkommen ohne Abitur seltener einen Ausbildungsplatz als Bewerber ohne Migrationshintergrund. Und auch, wer eine Ausbildung absolviert, steckt danach häufiger in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Die Forscher beobachten aber seltener als in Frankreich ein durchgängig prekäres Verlaufsmuster, bei dem der Erwerbseinstieg in Arbeitslosigkeit endet. Das berufliche Ausbildungssystem eröffne also im Vergleich zu Frankreich auch vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Berufsperspektive, folgern sie. Allerdings gibt es in Deutschland eine große Gruppe von Nichterwerbstätigen mit kurzem Bildungsverlauf. Ein Viertel hat einen Migrationshintergrund, überwiegend Frauen türkischer Herkunft. Die Wissenschaftler vermuten, dass ein spezifisches Rollenbild die Frauen davon abhält, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

► **Mentoren, ein Umzug oder das Übergangssystem verbessern die Chancen**

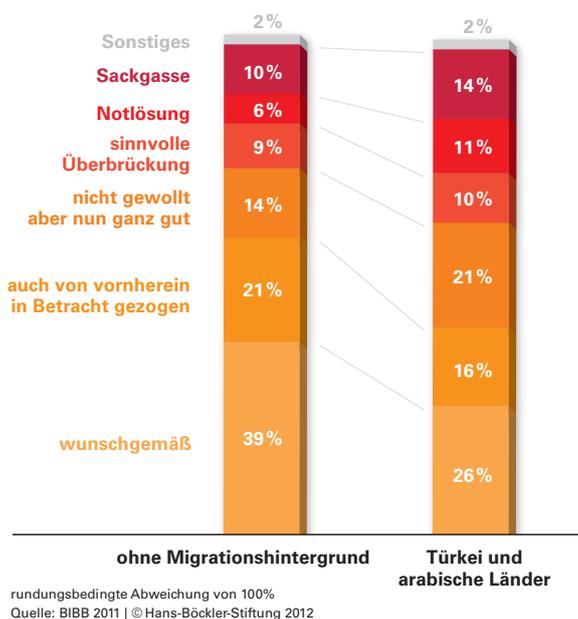
Den zweiten, qualitativen Teil ihrer Untersuchung bauten die CMB- und DIW-Forscher auf Befunden der internationalen Bildungsforschung auf. Sie zeigen, dass neben den Institutionen im Bildungssystem auch soziale Faktoren für den Bildungs- und Berufserfolg von Migranten entscheidend sein können. Dazu zählt etwa, dass die Familie höhere Bildung für erstrebenswert hält, Disziplin oder ein soziales Netzwerk. Um die sozialen Faktoren auszuleuchten, führte die Forschergruppe ausführliche Interviews mit 175 Nachkommen von Migranten aus benachteiligten Vierteln in Berlin und Paris. Die jungen Erwachsenen wurden nach entscheidenden Wendepunkten und Einflüssen befragt, die ihren Lebensweg positiv oder negativ geprägt haben. Mit einem Alter von 18 bis 35 Jahren gehören die Befragten zur selben Generation, für die zuvor quantitative Daten erhoben wurden.

Als positiven Faktor nennen viele Interviewte mit erfolgreichen Bildungsverläufen den Einfluss von Drittpersonen. Häufig sind das Lehrer, die als **Mentoren** fungieren. Sie bieten den Jugendlichen Rückhalt, Motivation und Selbstvertrauen während der Schulzeit und in Phasen beruflicher Orientierung. Den Wissenschaftlern zufolge ist auffällig, dass solche Personen meist aus einem anderen sozialen Umfeld kommen und so den Jugendlichen alternative Perspektiven eröffnen können.

Die Befragten stammen überwiegend aus Stadtvierteln mit einem hohen Migrantenanteil sowie erhöhter Arbeitslosigkeit und Armut. Den **Wechsel in ein sozial und kulturell heterogenes Viertel**, beispielsweise durch Schulwechsel oder Umzug, sehen sie daher rückblickend oft als einschneidende Veränderung, die ihnen neue Sichtweisen und Möglichkeiten

Von Wunschverlauf bis Sackgasse

So bewerten Ausbildungsplatz-Bewerber in Deutschland nach einem Jahr ihre berufliche Situation



eröffnet hat. Dazu haben viele Migranten der zweiten Generation ansonsten kaum Gelegenheit, wie die Forscher herausfanden. Denn die geographische Mobilität der interviewten Jugendlichen sei oft sehr eingeschränkt und Erfahrungen außerhalb des eigenen Milieus seien selten.

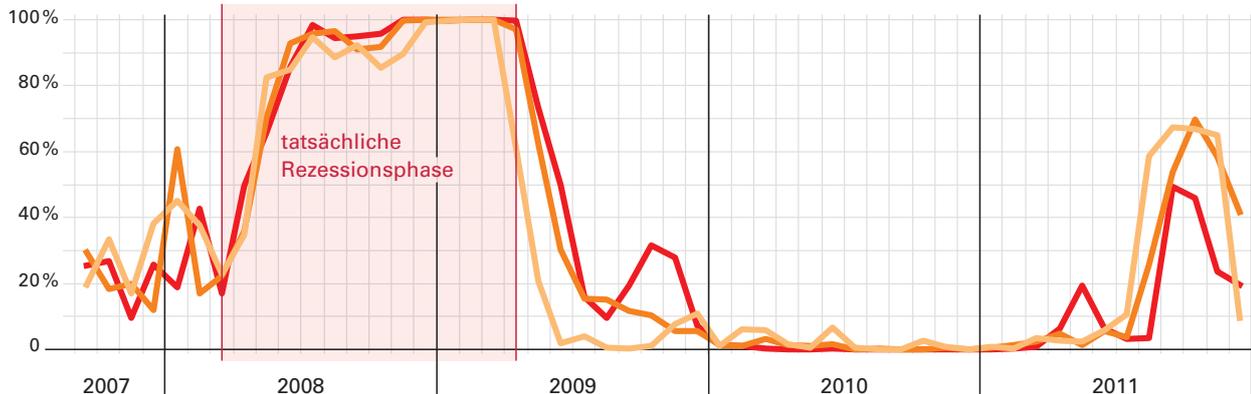
Einen dritten Faktor stellt schließlich die Möglichkeit dar, **Schul- und Ausbildungsabschlüsse nachzuholen**. Eine solche „zweite Chance“, wie sie vom deutschen Übergangssystem geboten wird, wirkt nach Angaben der Befragten in schwierigen Lebensphasen unterstützend und stabilisierend – auch wenn die Interviewten durchaus auf Defizite verweisen: „Es entspricht zwar nicht immer den Präferenzen der Jugendlichen oder vermittelt häufig auch keine klare berufliche Perspektive, jedoch bietet es eine deutlich bessere Alternative zur Straße“, fassen die Forscher zusammen. Das Fehlen eines solchen Systems führe in Frankreich dazu, dass Jugendliche mit schwierigen Bildungs- und Berufsverläufen stärker sich selbst überlassen sind und eine große emotionale Distanz zu staatlichen Institutionen entwickeln, unter anderem auch zur Schule.

Dass Kinder von Migranten über das Ausbildungssystem leichter in den Arbeitsmarkt einsteigen und in schwierigen schulischen oder beruflichen Situationen eine „zweite Chance“ nutzen können und dies zum Teil auch erfolgreich tun, werten die Wissenschaftler als Vorteil des deutschen Systems. Das trage dazu bei, dass viele der jungen Migrantennachkommen den staatlichen Institutionen offener gegenüberstünden als in Frankreich. Diese Offenheit solle stärker genutzt werden, um Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt in duale Ausbildungen und höhere Bildungswege zu integrieren, empfehlen die Forscher. ◀

* Quelle: Ingrid Tucci u.a.: Erfolge trotz schlechter Startbedingungen, Was hilft Migrantennachkommen in Frankreich und Deutschland?, in: DIW Wochenbericht 41/2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Frühwarnsystem für die Wirtschaft

So prognostizierte der IMK-Konjunkturindikator die Wahrscheinlichkeit einer Rezession für
 — den folgenden Monat, die folgenden — zwei Monate und — drei Monate...



Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

KONJUNKTUR

Unsicherheit bestimmt die Lage

Deutschland droht in nächster Zeit keine Rezession, signalisiert ein neues Frühwarnsystem des IMK.

Die wirtschaftliche Unsicherheit bleibt aber hoch.

Bis Ende März zeigt der IMK-Konjunkturindikator überwiegend grün – mit einem Ausreißer nach gelb im Februar.* Die beiden Ampelfarben markieren eine eher geringe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die ersten drei Monate des Jahres 2012 Teil einer Phase mit einem massiven wirtschaftlichen Einbruch sein werden. Erst wenn das Frühwarnsystem auf rot springt, gehen die Forscher von einem akuten Rezessions-Risiko von mehr als 70 Prozent aus. Im vergangenen Herbst lagen die Werte kurzzeitig im roten Bereich. „Im Vergleich dazu hat sich die Lage etwas entspannt“, sagt IMK-Expertin Sabine Stephan. „Aber Entwarnung bedeutet das nicht. Der hektische Wechsel zwischen den Farben zeigt uns, wie viel Unsicherheit in der wirtschaftlichen Entwicklung steckt.“

Die Wissenschaftler lassen für ihr Konjunktur-Radar zahlreiche auf die Zukunft gerichtete Daten aus Real- und Finanzwirtschaft sowie Stimmungswerte in ein Wahrscheinlichkeitsmodell einfließen. Dazu zählen unter anderem Auftragseingänge, Produktionswerte, die Zahl der offenen Stellen, Zinsspreads, Börsendaten und der ifo-Geschäftskli-

maindex. Ziel ist es, konjunkturelle Wendepunkte, insbesondere Beginn und Ende von Rezessionen, früher zu prognostizieren, als das bislang möglich war. Der Indikator wird monatlich aktualisiert.

Im Test mit Wirtschaftsdaten der vergangenen Jahre hat der Indikator gut abgeschnitten. Den globalen wirtschaftlichen Absturz der Jahre 2008 und 2009 diagnostizierten die damals besten Prognosen, zu der die des IMK zählte, im September 2008. Der neue Indikator hätte schon gut vier Monate früher auf rot geschaltet, zeigen die Testergebnisse. „Das kann entscheidend sein, um rechtzeitig konjunkturstützende Maßnahmen einzuleiten oder die Kurzarbeit zu vereinfachen“, erklärt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. Um die aktuell unsichere Situation weiter zu entspannen, halten die Forscher überzeugende Signale der Europäischen Zentralbank und der Euro-Staaten für notwendig. „Sie müssen deutlich machen, dass sie keine Staatspleite im Euroraum zulassen werden – und dass sie nicht riskieren werden, die Konjunktur durch einen überzogenen Sparkurs noch weiter zu schwächen“, sagt Horn. ◀

* Der Konjunkturindikator wird auf der Website des IMK veröffentlicht: <http://www.boeckler.de/imk>

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Gender

BERUFSRÜCKKEHRERINNEN:

Frauen sind zunehmend daran interessiert, berufstätig zu sein – auch dann, wenn sie eine Familie gründen. Doch nachdem sie Kinder bekommen haben, kehren viele Mütter nicht in die Erwerbstätigkeit zurück, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung (IAB). Auf knapp 300.000 Frauen beziffert das Institut die Stille Reserve im engeren Sinn – die Mütter, die gern wieder Geld verdienen würden, sich aber nicht arbeitslos melden. Drei Viertel von ihnen leben in Westdeutschland. Oft sind sie verheiratet – und damit

über ihren Ehemann finanziell abgesichert. Ihre Kinder sind zumeist älter als 14 Jahre. Um sie wieder für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, könnte der Staat vermehrt Anreize für eine zumindest vollzeitnahe Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen setzen, empfiehlt das IAB. Dazu bei-

tragen würden die Abschaffung des Ehegattensplittings und der spürbare Abbau steuerlicher Begünstigungen von Minijobs. Auch Arbeitgeber könnten ihren Beitrag leisten, zum Beispiel über die Flexibilisierung von Arbeitszeiten.

IAB, Dezember 2011

Download unter www.boecklerimpuls.de

Schweizer Schuldenbremse birgt Risiken

Im Vergleich zu anderen Industrienationen war die Schweiz bei Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau außergewöhnlich erfolgreich. Mit der 2003 eingeführten Schuldenbremse hat dies jedoch sehr wenig zu tun, so das IMK.

„Die Schweizer Schuldenbremse wird zum europäischen Vorbild“, titelte der Schweizer „Tagesanzeiger“ im Dezember 2011. Denn auf einem ihrer Krisengipfel hatte die große Mehrheit der EU-Staaten schärfere Kontrollmechanismen für ihre Staatshaushalte beschlossen. Sie orientierten sich an der Schweizer Schuldenbremse, so die Zeitung. Diese zwingt die Eidgenossen auf Bundesebene über den Konjunkturzyklus hinweg zu einem ausgeglichenen Budget. Deutschland hat bereits ein ähnliches Instrument eingeführt.

In der Tat: Auf den ersten Blick ist die helvetische Finanzpolitik der vergangenen Jahre eine Erfolgsgeschichte. Seit 2003 – dem Startjahr der Schuldenbremse – ging die Staatsverschuldung kontinuierlich zurück, selbst während der 2008 beginnenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die gesamtstaatliche Schweizer Schuldenstandsquote reduzierte sich von 54,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2003 auf 38,7 Prozent im Jahr 2010. Im selben Zeitraum sank die Quote des Bundes von 28,3 auf 20,3 Prozent.

„Eine nähere Analyse zeigt jedoch, dass der Erfolg in weiten Teilen gar nicht direkt durch die Schuldenbremse bedingt war“, so die IMK-Forscher Achim Truger und Henner Will.* Auf Bundesebene habe die Finanzpolitik bereits seit 1993 einen restriktiven Kurs der Budgetkonsolidierung verfolgt. Richtig gefruchtet habe dieser allerdings erst mit dem Rückenwind einer guten Konjunktur ab dem Jahr 2004.

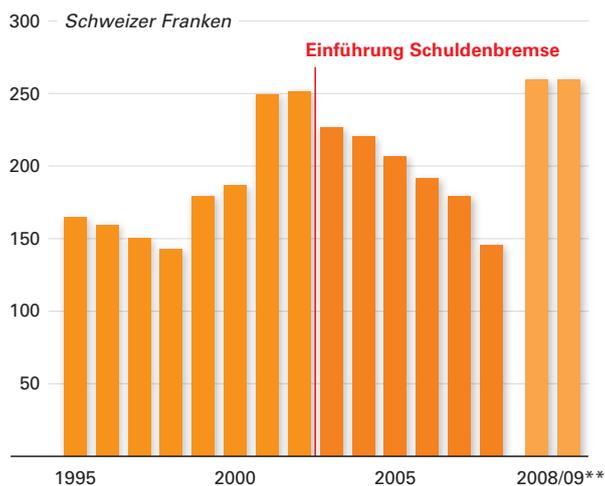
Von 1991 bis 2002 lag die durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP bei jährlich 1 Prozent, von 2003 bis 2010 bei 2,4 Prozent. Dieses hohe reale Wirtschaftswachstum und eine entsprechend positive Beschäftigungsentwicklung erhöhten einerseits die Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen. Andererseits senkten sie tendenziell den staatlichen Ausgabenbedarf, weil Sozialtransfers wie etwa die Arbeitslosenunterstützung zurückgingen. „Die großen Konsolidierungserfolge sind somit im Wesentlichen das Ergebnis einer guten Konjunktur und damit glücklicher Umstände“, fassen die Forscher zusammen.

Zudem lauern unter der Oberfläche der vermeintlichen Erfolgsgeschichte der Schuldenbremse zwei große Risiken für die schweizerische Volkswirtschaft, zeigen Truger und Will:

Wirkung im Abschwung. Für die Schuldenbremse stehe die erste wirkliche Bewährungsprobe noch aus, schreiben die beiden Wirtschaftswissenschaftler. Zwar reagierte die helvetische Finanzpolitik pragmatisch, als im Jahr 2003 das abzubauen Staatsdefizit unerwartet hoch ausfiel: Sie gewährte einen dreijährigen Übergangszeitraum von 2004 bis 2006. Wäre die Schweiz jedoch von einem länger dauernden Konjunkturabschwung betroffen oder sollten die Bundeseinnahmen überproportional einbrechen, würden die Regeln der Schuldenbremse die Krise noch verschärfen. „Angesichts der gegenwärtigen internationalen makroökonomischen Rahmenbedingungen kann nicht ausgeschlossen werden, dass es schon bald zu einer solchen ernsthaften Bewährungsprobe kommt“, geben die Autoren zu bedenken.

Investitionen werden gebremst

So viel investierte der Schweizer Staat* ...



* Bruttoinvestitionen des Bundes pro Kopf

** 2008 übernahm der Bund die Verantwortung für Bau und Unterhalt der Nationalstraßen von den Kantonen, daher sind die Werte nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Dauerhaft zu niedrige öffentliche Investitionen. Eines der wesentlichen Ziele der Schuldenbremse ist es, die Interessen zukünftiger Generationen zu wahren. Doch erreicht werde eher das Gegenteil, so Truger und Will: Das Verbot, öffentliche Investitionen über Kredite zu finanzieren, erspare den kommenden Generationen zwar die Last der Staatsverschuldung, also die von ihnen zu leistenden Zinszahlungen. Es entgehe ihnen aber auch der Nutzen aus einem höheren öffentlichen Kapitalstock – und damit höhere Produktivität und ein höheres Wachstum. Die Entwicklung der gesamtstaatlichen öffentlichen Investitionen sei bereits extrem schwach. „Würde sie sich fortsetzen, wäre mittelfristig eine deutliche Schwächung des Wachstumspotenzials der Schweizer Volkswirtschaft und damit eine Belastung der nächsten Generationen zu befürchten.“

Deutschland hat den Eidgenossen dennoch nachgeeeifert und im Jahr 2009 ebenfalls eine Schuldenbremse eingeführt – in einer Situation erheblich unterfinanzierter öffentlicher Haushalte. Die nun nötige Sparpolitik könne jetzt auch in der Bundesrepublik Wachstum und Beschäftigung gefährden. „Würden alle EU-Staaten zeitgleich auf einen strikten Sparkurs gehen, wäre eine heftige Rezession unvermeidlich“, warnen die Wissenschaftler. ◀

* Quelle: Achim Truger, Henner Will: Eine Finanzpolitik im Interesse der nächsten Generationen – Schuldenbremse weiterentwickeln: Konjunkturpolitische Handlungsfähigkeit und öffentliche Investitionen stärken, IMK Study Nr. 24/2012

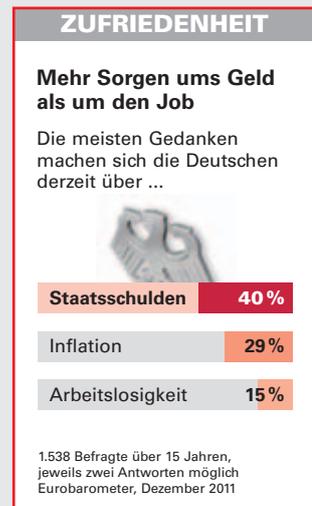
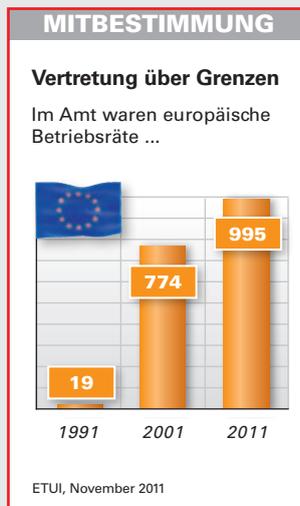
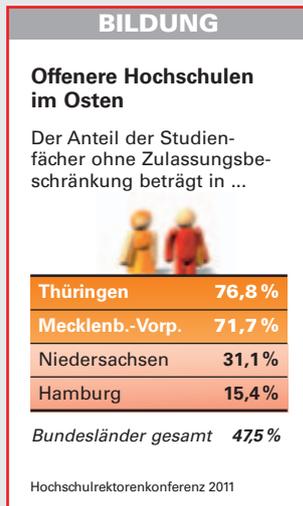
Download und Quelldetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **BESCHÄFTIGUNG:** Mit 45 Millionen Betroffenen hat die Arbeitslosigkeit in Europa einen historischen Höchststand erreicht. Das meldet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Die ILO empfiehlt, die Krisenbekämpfung international besser abzustimmen und die Finanzmärkte strikt zu regulieren. Das würde die Wirtschaft stabilisieren und kleineren Unternehmen, in

denen die meisten Arbeitsplätze entstehen, den Zugang zu Krediten erleichtern. ILO, Januar 2012

► **GENDER:** Frauen machen sich häufiger selbstständig als vor 15 Jahren. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) stieg der Anteil der Existenzgründerinnen von 33,3 Prozent im Jahr 1996 auf

41,6 Prozent im Jahr 2009. Zwar sei noch immer der Großteil der Selbstständigen männlich, allerdings wachse der Anteil der Unternehmerinnen deutlich – von rund 25 Prozent im Jahr 1991 auf 31 Prozent im Jahr 2009. DIW, Januar 2012

► **ARBEITSMARKT:** Leiharbeiter verlieren häufig ihren Job. Laut Bundesagentur für Arbeit

waren im ersten Halbjahr 2011 von den rund 2,7 Millionen neu arbeitslos Gemeldeten fast 380.000 zuvor bei einem Verleihunternehmen beschäftigt. Damit gingen 14 Prozent der Zugänge in Arbeitslosigkeit auf eine Branche zurück, die weniger als drei Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stelle. Bundesagentur für Arbeit, Januar 2012